

Medienmitteilung der IG Freiheit

Nein zu unsinnigem Überaktivismus

Die IG Freiheit lehnt die heute veröffentlichte Botschaft des Bundesrates zum neuen Tabakproduktegesetz sowie die gleichzeitig verabschiedete „Nationale Strategie Sucht“ entschieden ab. Die zunehmende Bevormundung der Bürger und die ausufernden staatlichen Eingriffe in die Privatwirtschaft stimmen bedenklich. Die IG Freiheit wehrt sich entschieden dagegen, dass die Behörden immer mehr Einfluss auf die Konsumgewohnheiten und das Privatleben nehmen wollen.

Obwohl Volk und Parlament entsprechende Vorstösse immer wieder verworfen haben, drängen die Gesundheitsfanatiker auf neue Verbote und die zunehmende Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger. Sie wünschen zusätzliche Vorschriften, staatliche Auflagen und behördliche Eingriffe in den Markt. Die Nationale Strategie Sucht beruht auf Programmen im Bereich Drogen, Alkohol und Tabak sowie neuen Formen von Sucht. Dass sich jemand, der gerne ein Glas Wein trinkt oder eine Zigarre genießt, plötzlich in einem Aktionsprogramm für Drogensüchtige wieder findet, ist eine Frechheit und widerspricht jedem gesunden Menschenverstand.

Die Strategie Sucht, so der Bundesrat, gehe „im Grundsatz davon aus, dass die Menschen Verantwortung für ihre Lebensweise und ihr Verhalten übernehmen.“ Das stimmt tatsächlich – nur sollten es die Behörden auch zur Kenntnis nehmen. Jedem Kind ist bewusst, dass man Genuss- und Suchtmittel im Masse geniessen sollte. Aus diesem Grund ist der „Massnahmenplan“ des Eidg. Departement des Innern (EDI) komplett überflüssig.

Eine im März veröffentlichte Studie des Bundesamt für Gesundheit kommt erstaunlicherweise zu genau gegenteiligen Schlüssen: Bei Jugendlichen zwischen 11 und 15 Jahren verliert der Konsum von Alkohol, Zigaretten und auch Cannabis deutlich an Attraktivität. Die Gründe dafür sind andere Vorlieben, wie z.B. mehr Geld für Kleider und Körperpflege zur Verfügung zu haben, aber auch der Gesundheits- und Schönheitstrend bei Jugendlichen. Heute behaupten die Behörden exakt das Gegenteil.

Abgesehen vom rückläufigen Konsum von Sucht- und Genussmitteln, sind die umfangreichen staatlichen Eingriffe auch aus ordnungspolitischen Gründen abzulehnen. Mit weiteren Werbe- und Sponsoringverboten wird massiv in die Wirtschaft eingegriffen. Konkret will der Bundesrat Werbung für Tabakprodukte auf Plakaten, im Kino und in den Medien ganz verbieten. Die Tabakindustrie soll zudem keine internationalen Anlässe mehr sponsern dürfen. Wieso soll man Werbung für ein Produkt verbieten, dass man legal auf dem Markt erhalten kann? Solche Schnellschüsse schaden unserer Wirtschaft und unserem Land und sind deshalb zu bekämpfen. Dies kostet Arbeitsplätze und gibt volkswirtschaftliche Schäden.

Die IG Freiheit wird überzeugt dafür kämpfen, dass dieser zunehmenden Bevormundungsmentalität endlich Einhalt geboten wird.

Zollikon, den 11. November 2015